

Studien zum
Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

188

Jonas Bühler

Preislimitierte Ankaufsrechte im Gesellschaftsrecht

Eine Untersuchung der Wirksamkeit und Anpassungsbedürftigkeit
unter besonderer Berücksichtigung von gesellschaftsvertraglichen
Abfindungsklauseln



Nomos

Studien zum Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb

Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Christoph Kumpan, LL.M. (Univ. of Chicago)

Prof. Dr. Adam Sagan, MJur (Oxon)

Begründet von

Prof. Dr. Klaus J. Hopt

Prof. Dr. Manfred Lieb

Prof. Dr. Harm Peter Westermann

Band 188

Jonas Bühler

Preislimitierte Ankaufsrechte im Gesellschaftsrecht

Eine Untersuchung der Wirksamkeit und Anpassungsbedürftigkeit
unter besonderer Berücksichtigung von gesellschaftsvertraglichen
Abfindungsklauseln



Nomos

Diese Arbeit wurde durch ein Begabtenstipendium der Hanns-Seidel-Stiftung aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bayreuth, Univ., Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-7819-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-2223-0 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Für Sophie

Vorwort

Preislimitierte Ankaufsrechte in Gesellschaftsverträgen sind in der Rechtspraxis sehr häufig anzutreffen, fristen aber im Schrifttum ein absolutes Schattendasein. Die Praxis und Kommentarliteratur orientieren sich an der Entscheidung „Schutzgemeinschaftsvertrag I“ des Bundesgerichtshofs aus dem Jahre 1994, wonach der zu gesellschaftsvertraglichen Abfindungsklauseln entwickelte Lösungsansatz ohne große Modifikationen übertragen wird. Zu Unrecht wird die dogmatische Herangehensweise kaum hinterfragt; treten doch bereits nach kurzer Überlegung die erheblichen strukturellen Unterschiede zwischen Abfindungsklauseln und preislimitierten Ankaufsrechten klar und offen zutage.

Die vorliegende Arbeit soll neben den terminologischen und dogmatischen Grundlagen zu preislimitierten Ankaufsrechten vor allem aufzeigen, dass diese eine andere Behandlung erfahren müssen als die sogenannten „Abfindungsklauseln“. Hierbei gilt es, die hohe Bedeutung der Privatautonomie im Gesellschaftsrecht sowie den wichtigen Aspekt der Rechtssicherheit zu berücksichtigen und eine für die Praxis gut zu handhabende, dogmatisch konsequente Lösung zu entwickeln. Einige wesentliche Grundgedanken dieser Lösung sind auch auf Abfindungsklauseln übertragbar, deren Behandlung durch die herrschende Auffassung ebenfalls nicht zu überzeugen vermag.

Diese Arbeit entstand zwischen November 2018 und März 2020 in Memmingen. Bereits im Jahre 2016 war ich auf das Thema gestoßen und hatte mit Frau Prof. Dr. Jessica Schmidt, LL.M. (Nottingham) eine Doktorandenvereinbarung abgeschlossen; arbeitete aber absprachegemäß während meines Referendariats (Oktober 2016–Oktober 2018) nicht an der Dissertation.

Meiner Doktormutter, Frau Prof. Dr. Jessica Schmidt, LL.M. (Nottingham), bin ich aufgrund ihrer großartigen Betreuung, der geduldigen Beantwortung meiner vielen Fragen und der besonders schnellen Korrektur zu größtem Dank verpflichtet. Mein Dank gilt auch Herrn Prof. Dr. Marco Staake für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Herrn Prof. Dr. Jochen Vetter möchte ich zudem meinen Dank dafür aussprechen, dass er sich Zeit nahm, meine Ideen zu diesem Thema ausführlich zu diskutieren.

Vorwort

Herzlich danken möchte ich sodann meinem Vater, Dr. Stephan Bühler, für sehr gewinnbringende inhaltliche Diskussionen sowie Ratschläge zum Aufbau und zur Darstellung. Sehr wertvoll war auch die Unterstützung beim sprachlichen und aufbautechnischen „Finetuning“ durch meine Patentante, Frau Dr. Betina Münch. Ferner gilt Celia Schwarz, Dr. Ferdinand Blezinger, Hendrik Brönnecke, Julian Pröbstl, Felix Schmitt und Martin Spitznagel mein Dank für ihr stets offenes Ohr und interessante Diskussionen. Ein herzliches Dankeschön geht auch an Frau Cornelia G. Becker, die den Text in großartiger Weise lektoriert und bei der Formatierung geholfen hat.

Zudem danke ich meinen Eltern, meinen Großeltern und – ganz besonders – meiner wundervollen Ehefrau Sophie für ihre großartige Unterstützung.

Diese Arbeit wurde durch ein Begabtenstipendium der Hanns-Seidel-Stiftung aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Der Hanns-Seidel-Stiftung verdanke ich es, dass ich mich von November 2018 bis Anfang März 2020 voll auf die Anfertigung der Dissertation konzentrieren konnte.

Literatur und Rechtsprechung konnten bis Ende Juli 2020 ausgewertet werden.

Memmingen, im Oktober 2020

Jonas Bühler

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	29
A. Einleitung	37
I. Problemstellung	39
II. Ziel und Gang der Untersuchung	40
B. Terminologische und dogmatische Grundlagen zu preislimitierten Ankaufsrechten	42
I. Terminologische und rechtliche Unterschiede von Erwerbsrechten in Gesellschaftsverträgen	44
II. Rechtsnatur und Dogmatik des Erwerbs auf Basis der Andienung	80
III. Zustimmungsvorbehalt der übrigen Gesellschafter	105
IV. Konkrete Situation des übertragungswilligen Gesellschafters bei der Kombination von Zustimmungsvorbehalt und preislimitiertem Ankaufsrecht	111
V. Formulierungsvorschlag für eine Satzungsregelung zu einem preislimitierten Ankaufsrecht (in Kombination mit einem Zustimmungsvorbehalt) für eine GmbH	127
VI. Zusammenfassung des Kapitels B	136
C. Anfängliches Missverhältnis zwischen Ankaufspreis und Verkehrswert bei preislimitierten Ankaufsrechten bei einer GmbH	139
I. Anfängliche und nachträgliche Kontrolle auch bei preislimitierten Ankaufsrechten	140
II. Übertragung der Grundsätze zu Abfindungsklauseln seitens der herrschenden Auffassung	141
III. Keine Übertragbarkeit des Lösungsansatzes zu Abfindungsklauseln	181
IV. Keine Übertragbarkeit des Lösungsansatzes zu den sog. „Hinauskündigungsklauseln“	210
V. Überwiegen der Privatautonomie – keine anfängliche Nichtigkeit preislimitierter Ankaufsrechte	213

Inhaltsübersicht

VI. Zusammenfassung des Kapitels C	240
D. Das nachträgliche Entstehen eines groben Missverhältnisses zwischen Ankaufspreis und Verkehrswert bei preislimitierten Ankaufsrechten bei einer GmbH	244
I. Tatsächliche Gründe	246
II. Übertragung der Grundsätze zu Abfindungsklauseln seitens der herrschenden Auffassung	247
III. Eigene Auffassung: Keine Übertragbarkeit	288
IV. Mögliche Rechtsgrundlagen zur Korrektur des Ankaufspreises bei nachträglichem Missverhältnis	292
V. Anwendung der Ausübungskontrolle	320
VI. Rechtsfolgen der Ausübungskontrolle	369
VII. Anspruch eines abtretungswilligen Gesellschafters auf Anpassung der Satzung?	391
VIII. Prozessuale Durchsetzung des Anpassungsanspruchs	395
IX. Zusammenfassung des Kapitels D.	416
E. Möglichkeiten und Empfehlungen für die Kautelarpraxis hinsichtlich einer GmbH auf Basis der hier vertretenen Auffassung	421
I. Festlegung eines besonders niedrigen und anpassungsfesten Ankaufspreises	422
II. Minimierung von Rechtsstreitigkeiten durch vorausschauende Vertragsgestaltung	426
F. Übertragbarkeit der entwickelten Lösungsansätze auf andere Gesellschaftsformen?	427
I. Möglichkeit der Festlegung preislimitierter Ankaufsrechte im Gesellschaftsvertrag	428
II. Wirksamkeit preislimitierter Ankaufsrechte bei Personengesellschaften (GbR, KG und oHG)	433
III. Schuldrechtliche Nebenabreden (insbesondere Aktionärsvereinbarungen)	439
IV. Fazit	441

G. Übertragbarkeit der für preislimitierte Ankaufsrechte herausgearbeiteten Grundsätze auf andere Konstellationen	442
I. Preislimitiertes Vorkaufs- oder Vorerwerbsrecht	443
II. Preislimitiertes Erwerbsvorrecht einer GmbH und einer AG	444
III. Abfindungsklauseln	447
IV. Wirksamkeit von „sonstigen preislimitierten Erwerbsrechten“	460
V. Zusammenfassung des Kapitels G.	468
H. Thesenartige Gesamtzusammenfassung der Kernaussagen	471
Literaturverzeichnis	475

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	29
A. Einleitung	37
I. Problemstellung	39
II. Ziel und Gang der Untersuchung	40
B. Terminologische und dogmatische Grundlagen zu preislimitierten Ankaufsrechten	42
I. Terminologische und rechtliche Unterschiede von Erwerbsrechten in Gesellschaftsverträgen	44
1. Das Vorkaufsrecht	44
a) Rechtsnatur	44
b) Gesellschaftsvertragliches Vorkaufsrecht	45
c) Ausübung des Vorkaufsrechts	47
d) Dispositivität	49
2. Das Vorerwerbsrecht	49
3. Andienungspflichten und Ankaufsrechte	51
a) Die Andienungspflicht	51
aa) Begriff und Wirkung	51
bb) Verfahren	53
b) Das Ankaufsrecht	54
aa) Begriff	54
bb) Abweichende terminologische Ansätze	55
(1) Verwendung des Begriffs „Call Option“	55
(2) Verwendung des Begriffs „Vorerwerbsrecht“	56
(3) Verwendung des Begriffs als Möglichkeit zur Ausschließung eines Gesellschafters	57
(4) Verwendung anstelle des Begriffs „Vorerwerbsrecht“	58
(5) Erwerbsvorrechte	58

Inhaltsverzeichnis

cc) Zweck	59
(1) Verschaffungs- und Abwehrfunktion sowie Erhalt der Mehrheitsverhältnisse	59
(2) Sonderfall der Schutzgemeinschaften/ des Poolvertrags	60
dd) Umgehung	63
ee) Bedeutung	64
4. Preislimitiertes Ankaufsrecht	66
a) Begriff	66
b) Zweck	66
c) Verfahren zur Festsetzung eines Ankaufspreises	68
aa) Verkehrswert des Anteils	69
bb) Unter dem Verkehrswert liegender Betrag	72
(1) Prozentualer Abschlag auf den Verkehrswert	73
(2) (Starre) Buchwertklauseln	74
(3) Modifizierte Buchwertklauseln	75
(4) Substanzwertklauseln	76
(5) Steuerrechtlicher Wert	76
(6) Nennwertklauseln	78
5. Zusammenfassende Tabelle zur Terminologie	79
II. Rechtsnatur und Dogmatik des Erwerbs auf Basis der Andienung	80
1. Schuldrechtliches Kausalgeschäft des Erwerbs	81
a) Kaufvertrag	81
aa) Separater Kaufvertrag	81
bb) In der Satzung enthaltener Kaufvertrag	83
b) Satzung	84
2. Dogmatische Konstruktion der Ansprüche	86
a) Keine Notwendigkeit der Konturierung der „Abtretungswilligkeit“	86
b) Kaufvertrag als Kausalgeschäft	87
c) Satzung als Kausalgeschäft	88
aa) Explizite Regelungen in der Klausel (Vorschlag von Bacher/v. Blumenthal)	88
bb) Keine Regelung zur dogmatischen Ausgestaltung der Klausel	89
(1) Konstruktion von doppelt aufschiebend bedingten Ansprüchen?	90
(2) Bedingtes Gestaltungsrecht	93

d)	Antizipierte Anteilsabtretung?	94
aa)	Kaufvertrag als Kausalgeschäft	94
bb)	Satzung als Kausalgeschäft	95
3.	Inhalt und Rückabwicklung des Rechtsgeschäfts	98
a)	Kaufvertrag als Kausalgeschäft	98
b)	Satzung als Kausalgeschäft	98
aa)	Inhalt	98
bb)	Rückabwicklung	99
4.	Folgen des Erwerbs bei mehreren ankaufswilligen Gesellschaftern	100
a)	Erwerb als gemeinschaftlicher Anteil	100
b)	Erwerb im Verhältnis der Beteiligung am Stammkapital	102
5.	Zusammenfassung	103
III.	Zustimmungsvorbehalt der übrigen Gesellschafter	105
1.	Praxisrelevanz	105
2.	Grundsätzliches und Wirkung	106
3.	Zwecke des Zustimmungsvorbehalts	108
4.	Anspruch auf Zustimmung zur Abtretung der Geschäftsanteile?	109
IV.	Konkrete Situation des übertragungswilligen Gesellschafter bei der Kombination von Zustimmungsvorbehalt und preislimitiertem Ankaufsrecht	111
1.	Keine freie Veräußerbarkeit der Geschäftsanteile	111
2.	Umgehungen dieser Bindung	113
a)	„Mittelbare Veräußerungen“ (im weitesten Sinne)	113
b)	Keine Umgehung durch Austritt aus der Gesellschaft	114
aa)	Austrittsrecht eines GmbH-Gesellschaftern	114
(1)	Ungeschriebenes außerordentliches Austrittsrecht	114
(2)	Ordentliches Austrittsrecht?	117
(a)	Kein ordentliches Austrittsrecht bei Vorliegen einer Vinkulierung	117
(b)	Kein ordentliches Austrittsrecht bei persönlichen Nebenleistungspflichten	118
(c)	Fazit	119
bb)	Wichtiger Grund zum Austritt?	120
(1)	Akute finanzielle Notlage als wichtiger Grund zum Austritt?	120

Inhaltsverzeichnis

(2) Wichtiger Grund zum Austritt bei unzumutbaren Nebenleistungspflichten?	122
(3) Austrittsrecht wegen „Wegfalls oder wesentlicher Veränderung der gesellschaftsvertraglichen Geschäftsgrundlage“?	123
cc) Fazit	124
3. Anspruch auf Zustimmung zur Abtretung bei Nichtausübung des Ankaufsrechts	124
4. Änderung der Klausel des preislimitierten Ankaufsrechts	125
V. Formulierungsvorschlag für eine Satzungsregelung zu einem preislimitierten Ankaufsrecht (in Kombination mit einem Zustimmungsvorbehalt) für eine GmbH	127
1. Formulierungsvorschlag (Auszug)	128
2. Zusätzliche Vertragsstrafe im Falle einer Schutzgemeinschaft	133
VI. Zusammenfassung des Kapitels B	136
C. Anfängliches Missverhältnis zwischen Ankaufspreis und Verkehrswert bei preislimitierten Ankaufsrechten bei einer GmbH	139
I. Anfängliche und nachträgliche Kontrolle auch bei preislimitierten Ankaufsrechten	140
II. Übertragung der Grundsätze zu Abfindungsklauseln seitens der herrschenden Auffassung	141
1. Grundsätzliches zum Abfindungsanspruch eines Gesellschafters beim Ausscheiden aus der Gesellschaft	141
a) Auslöser des Abfindungsanspruchs	142
b) Schuldner des Abfindungsanspruchs	146
aa) Die Gesellschaft	146
bb) Ausfallhaftung der übrigen Gesellschafter	146
c) Grundmitgliedsrecht und Höhe der Abfindung	148
d) Beschränkung des Abfindungsanspruchs	151
2. Anfängliche Nichtigkeit von Abfindungsklauseln auf Basis der herrschenden Meinung	153
a) Nichtigkeit gemäß § 138 Abs. 1 BGB und § 241 Nr. 4 AktG analog	153
aa) Prüfungsstruktur und maßgeblicher Zeitpunkt	153
bb) Grobes Missverhältnis	155

cc) Differenzierung nach dem Anlass des Ausscheidens	157
dd) Ausschluss der Abfindung	158
ee) Problem des „Gesellschafters minderen Rechts“ und Besonderheiten bei großen Familiengesellschaften	158
b) Heilung nach § 242 Abs. 2 S. 1 AktG analog	160
c) Nichtigkeit gemäß § 723 Abs. 3 BGB	162
aa) Grundsätzliches	162
bb) Interpretationen der Wirkung des § 723 Abs. 3 BGB	164
d) Geltungserhaltende Reduktion bei Nichtigkeit wegen anfänglich bestehendem Missverhältnis?	168
aa) Positionen in Rechtsprechung und Schrifttum	168
bb) Stellungnahme	169
3. Übertragung dieser Grundsätze auf prelimitierte Ankaufsrechte nach herrschender Auffassung	171
a) BGH-Entscheidung „Schutzgemeinschaftsvertrag I“	172
aa) Sachverhalt	172
bb) Lösung des BGH hinsichtlich des anfänglichen Missverhältnisses	174
(1) Hinsichtlich des sonstigen Erwerbsrechts nach § 9 Nr. 6 des Schutzvertrags	175
(2) Hinsichtlich des prelimitierten Ankaufsrechts nach § 6 Nr. 1 und Nr. 4 des Schutzvertrags	176
b) Standpunkte der sonstigen Rechtsprechung und Lehre	178
aa) Übertragbarkeit der Lösung zu Abfindungsklauseln nach ganz herrschender Auffassung	178
bb) Kritik an der weitgehenden Kontrolle	179
III. Keine Übertragbarkeit des Lösungsansatzes zu Abfindungsklauseln	181
1. Korrekte dogmatische Fundierung der Prüfung anfänglicher Nichtigkeit bei Abfindungsklauseln	181
a) Ähnlichkeit mit einer Verhältnismäßigkeitsprüfung	182
b) Keine Einschlägigkeit einer Fallgruppe des § 138 Abs. 1 BGB	182
aa) Fallgruppe der Knebelung	183

Inhaltsverzeichnis

bb)	Fallgruppe der schweren Äquivalenzstörung	186
cc)	Kein sonstiger Fall des § 138 Abs. 1 BGB	188
	(1) Kein Verstoß gegen die guten Sitten	189
	(2) Keine Änderung bei Einbeziehung der Wertung des Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG	191
c)	Überprüfung eines anfänglichen Missverhältnisses nur anhand von § 723 Abs. 3 BGB	195
aa)	Dogmatische Grundlage	195
bb)	Heilung analog § 242 Abs. 2 S. 1 AktG?	198
d)	Konsequenzen der hier vertretenen Auffassung	199
2.	Keine Einschlägigkeit des § 723 Abs. 3 BGB bei preislimitierten Ankaufsrechten	202
a)	Auslegung des Anwendungsbereichs	202
b)	Unrichtigkeit der gegenteiligen Auffassung	203
aa)	Positionen von Gummert und H. P. Westermann	204
	(1) Unrichtigkeit der Auffassung Gummerts	205
	(2) Unrichtigkeit der Auffassung H. P. Westermanns	206
bb)	Position Henrichs	207
c)	Konkrete Folgerungen	207
3.	Fazit	208
IV.	Keine Übertragbarkeit des Lösungsansatzes zu den sog. „Hinauskündigungsklauseln“	210
V.	Überwiegen der Privatautonomie – keine anfängliche Nichtigkeit preislimitierter Ankaufsrechte	213
1.	Keine Einschlägigkeit des § 138 Abs. 1 BGB bei preislimitierten Ankaufsrechten	213
a)	Keine Knebelung des andienenden Gesellschafters	214
b)	Keine schwere Äquivalenzstörung	216
c)	Kein Verstoß gegen die guten Sitten im Übrigen	217
aa)	Kein Verstoß gegen die Generalklausel des § 138 Abs. 1 BGB	217
bb)	Keine Änderung des Ergebnisses durch Berücksichtigung grundrechtlicher Wertungen	217
d)	Keine Gläubigerbenachteiligung	218
2.	Bedeutung der Privatautonomie im Gesellschaftsrecht	219
a)	Dogmatische Basis der Privatautonomie und Wichtigkeit im GmbH-Recht	219

b) Bedeutung für die Behandlung preislimitierter Ankaufsrechte	222
3. Keine Umgehung der privatautonomen Bindung	224
a) Kein Austrittsrecht aus wichtigem Grund	224
b) Keine Inhaltskontrolle des Ankaufspreises	226
aa) Grundsätzliches zur Inhaltskontrolle im Gesellschaftsrecht	227
bb) Keine Inhaltskontrolle bei preislimitierten Ankaufsrechten	229
c) Schutz der Minderheitsgesellschafter?	230
4. Ausnahmsweise denkbare anfängliche Nichtigkeit preislimitierter Ankaufsrechte (nur) bei Vorliegen besonderer Umstände	232
a) Keine denkbare Fallgestaltung für das Eingreifen des § 138 Abs. 1 BGB	232
b) Ausnahmetatbestand des § 138 Abs. 2 BGB	234
c) Rechtsfolge der Sittenwidrigkeit	235
aa) Nichtigkeit analog § 241 Nr. 4 AktG und Heilung analog § 242 Abs. 2 S. 1 AktG?	235
bb) Nichtigkeit nur der Preislimitierung?	236
cc) Geltungserhaltende Reduktion?	238
5. Dogmatische Besonderheiten eines Ankaufsrechts zum „Nulltarif“	238
VI. Zusammenfassung des Kapitels C	240
D. Das nachträgliche Entstehen eines groben Missverhältnisses zwischen Ankaufspreis und Verkehrswert bei preislimitierten Ankaufsrechten bei einer GmbH	244
I. Tatsächliche Gründe	246
II. Übertragung der Grundsätze zu Abfindungsklauseln seitens der herrschenden Auffassung	247
1. Anpassung von Abfindungsklauseln bei nachträglichem Missverhältnis	247
a) Keine Nichtigkeit bei nachträglichem Entstehen eines Missverhältnisses	248
b) Anpassung der Abfindungsklauseln nach herrschender Auffassung	250
aa) Lösungsweg der herrschenden Auffassung	250

Inhaltsverzeichnis

bb)	Voraussetzungen der Korrektur	251
	(1) Allgemeine Voraussetzungen der ergänzenden Vertragsauslegung	251
	(2) Lücke im Gesellschaftsvertrag	254
	(3) Abwägung	255
cc)	Rechtsfolgen	255
	(1) Höhe der Korrektur	255
	(2) Prozessuale Situation	256
c)	Kritik an der Lösung der herrschenden Auffassung	257
aa)	Kritik gegen die Annahme einer Lücke im Gesellschaftsvertrag	258
	(1) Fehlen einer Lücke	258
	(2) Beweisproblem	259
bb)	Kritik im Hinblick auf mangelnde Rechtssicherheit	262
	(1) Abwägung(en)	263
	(2) Forderung nach Richtwerten	263
	(a) Vorschläge im Schrifttum	264
	(b) Gegeneinwand der herrschenden Auffassung und Stellungnahme	265
	(3) Herausforderung zum Prozessieren	268
	(4) Beispiele aus der Rechtsprechung zur Veranschaulichung der Rechtsunsicherheit	269
	(a) Unterschiede bei der Beurteilung eines groben Missverhältnisses („Ob“ der Korrektur)	270
	(b) Unterschiede bei der konkreten Anpassung der Abfindungshöhe („Wie“ der Korrektur)	271
cc)	Berücksichtigung der absoluten Differenz?	273
dd)	Kritik gegen die Korrektur auf Basis des hypothetischen Parteiwillens	273
ee)	Kritik aufgrund der Vielzahl der herangezogenen Kriterien	275
ff)	Kritik gegen die Höhe der Anpassung	276
gg)	Extremposition von Lange	277
d)	Überblick über die wichtigsten abweichenden dogmatischen Ansätze zur Anpassung	278
aa)	Wegfall der Geschäftsgrundlage, § 313 Abs. 1 BGB	278

bb) Gesellschaftsrechtliche Treuepflicht	279
cc) Ausübungskontrolle, § 242 BGB	279
2. Übertragung dieser Lösung auf die Behandlung preislimitierter Ankaufsrechte nach herrschender Auffassung	280
a) Lösung des BGH zur Anpassung des Ankaufspreises (Entscheidung „Schutzgemeinschaftsvertrag I“)	280
b) Konkretisierung in der nachfolgenden Entscheidung des OLG Karlsruhe	283
c) Standpunkte der sonstigen Rechtsprechung und des Schrifttums	284
aa) Verweis auf die Lösung zu Abfindungsklauseln	284
bb) Begründung	285
cc) Kritik	286
III. Eigene Auffassung: Keine Übertragbarkeit	288
1. Unterschiedliche Ausgangs- und Interessenlage	288
2. Außerachtlassen der Privatautonomie	289
3. Kein Grundmitgliedsrecht betroffen	291
IV. Mögliche Rechtsgrundlagen zur Korrektur des Ankaufspreises bei nachträglichem Missverhältnis	292
1. Sittenwidrigkeit des Festhaltens am Ankaufspreis gemäß § 138 Abs. 2 BGB?	292
2. Schikaneverbot, § 226 BGB	293
3. Ergänzende Vertragsauslegung	293
a) Problem der Feststellung einer Lücke	293
b) Zu viele denkbare Ersatzregelungen und Rechtsunsicherheit	295
c) Fazit	297
4. Wegfall der Geschäftsgrundlage, § 313 Abs. 1 BGB	297
a) Grundlagen des Rechtsinstituts	297
b) Voraussetzungen	298
aa) Geschäftsgrundlage	298
(1) Bestimmung	299
(2) Unterscheidung der Geschäftsgrundlage vom Vertragsinhalt	300
bb) Schwerwiegende Äquivalenzstörung, Unzumutbarkeit des Festhaltens am unveränderten Vertrag und Risikobetrachtung	300
c) Rechtsfolge	302

Inhaltsverzeichnis

d)	Fehlende Einschlägigkeit für die Anpassung preislimitierter Ankaufsrechte	302
aa)	Ankaufspreis kein Fall einer Geschäftsgrundlage	302
bb)	Vorhersehbarkeit	303
e)	Fazit	303
5.	Gesellschaftsrechtliche Treuepflicht	304
a)	Grundlagen der Treuepflicht	304
b)	Möglicher Inhalt der Treuepflicht	305
c)	Idee H. P. Westermanns zur Anwendung der Treuepflicht für die Anpassung preislimitierter Ankaufsrechte	307
d)	Bedenken gegen eine Heranziehung der Treuepflicht für die Anpassung des Ankaufspreises	308
6.	Anpassung des Ankaufspreises aufgrund des Einwands unzulässiger Rechtsausübung (Ausübungskontrolle) gemäß § 242 BGB	310
a)	Grundlagen	310
b)	Fallgruppen	312
c)	Vorliegend einschlägige Fallgruppe	314
d)	Tatbestandliche Voraussetzungen der Fallgruppe des überwiegenden Interesses der Gegenpartei	315
aa)	Subsidiarität und Sonderbeziehung	315
bb)	Interessensabwägung (insbesondere Risikozuordnung)	315
(1)	Maßgebliche Faktoren	316
(2)	Insbesondere: Berücksichtigung von verfassungs- und unionsrechtlichen Maßstäben sowie der EMRK	316
(3)	Berücksichtigung verfassungs- und europarechtlicher Wertungen trotz fehlender struktureller Unterlegenheit	318
V.	Anwendung der Ausübungskontrolle	320
1.	Maßgeblichkeit der Risikozuweisung – kein Anpassungsverbot	320
a)	Position von Heidenhain	321
b)	Maßgeblichkeit des mit der Stipulierung des limitierten Ankaufspreises verfolgten Zwecks und Risikos	321
c)	Praktische Handhabung	323
aa)	Derzeitiger Stand	323

bb) Rechtslage im Falle der Anerkennung der hier vertretenen Auffassung zur anfänglichen Beschränkung des Ankaufspreises	324
d) Keine Ausnahme für Gesellschaften mit spezieller Zielrichtung des Ankaufsrechts	325
e) Unterschiede zur Prüfung im Rahmen der ergänzenden Vertragsauslegung und des Wegfalls der Geschäftsgrundlage	327
2. Missverhältnis zwischen Ankaufspreis und Verkehrswert als einzig relevantes Kriterium der Anpassung	328
3. Notwendigkeit der Festlegung eines starren Grenzwerts	329
a) Rechtssicherheit	330
b) Haftungsrisiko des Rechtsberaters und Provozieren von Rechtsstreitigkeiten	331
c) Fazit	332
4. Notwendiges Ausmaß des Missverhältnisses zwischen Verkehrswert und Ankaufspreis	332
a) Restriktive Handhabung	333
b) Irrelevanz der absoluten Größe des Missverhältnisses	334
c) Auffassungen im Schrifttum	335
d) Eigene Auffassung	336
aa) Auszugleichende verfassungs- und europarechtliche Positionen	336
(1) Eigentumsfreiheit, Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG	336
(a) Position des andienenden Gesellschafters	337
(b) Position der ankaufsberechtigten Gesellschafter	339
(2) Berufsfreiheit, Art. 12 Abs. 1 S. 1 GG	341
(3) Einfluss der EMRK	341
(4) Einfluss der EU-GR-Charta	342
(a) Schutzbereich des Art. 17 Abs. 1 S. 1 EU-GR-Charta	342
(b) Keine Einschlägigkeit wegen Art. 51 Abs. 1 S. 1 EU-GR-Charta	343
(5) Fazit	344
bb) Konkret notwendiges Missverhältnis	345
cc) Antizipation der Kritik	347
e) Keine Abweichungsmöglichkeiten	349
f) Maßgeblicher Zeitpunkt	350

Inhaltsverzeichnis

5. Darlegungs- und Beweislast	352
a) In Bezug auf die Risikozuweisung/ das Anpassungsverbot	352
b) In Bezug auf das Missverhältnis	354
c) Fazit	354
6. Verwirkung/Verlust des Anspruchs?	355
a) Keine Verwirkung oder sonstiger Verlust des Ergänzungsanspruchs durch Andienung zum satzungsmäßigen Ankaufspreis	355
aa) Kein Erlass	356
bb) Kein Versagen der Anpassung nach § 242 BGB	356
b) Keine Verwirkung bei vorbehaltloser Entgegennahme des vereinbarten Ankaufspreises	357
c) Vortäuschen der Existenz eines Erwerbsinteressenten	358
aa) Fall des § 162 Abs. 2 BGB	360
bb) Ausschluss des Anpassungsanspruchs	361
cc) Kondiktionsansprüche	362
(1) Grundsätzliches und Ausschluss des Anpassungsanspruchs	362
(2) Ausschluss des Kondiktionsanspruchs des andienenden Gesellschafters auch bei Geltendmachung des Kondiktionsanspruchs der ankaufenden Gesellschafter?	363
7. Zusammenfassung zur Anwendung der Ausübungskontrolle	366
VI. Rechtsfolgen der Ausübungskontrolle	369
1. Inhalt des Anspruchs	369
a) Kein Versagen der Geltendmachung des Ankaufsrechts insgesamt	369
b) Verlust der Geltungswirkung der vertraglichen Preislimitierung und Anpassung des geschuldeten Ankaufspreises	369
2. Konkrete Höhe der Anpassung	371
a) Möglichst geringfügiger Eingriff in die Privatautonomie bei Anwendung der Ausübungskontrolle	371
b) Vermeidung offensichtlicher Ungerechtigkeiten	372
c) Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten	373
d) Unrichtigkeit der gegenteiligen Auffassung Wiedemanns	374

3. Zinszahlungspflicht der ankaufenden Gesellschafter?	375
a) Grundsätzliche Fälligkeit des Ankaufspreises	375
b) Keine gesetzliche Verzinsungspflicht	376
c) Verzugszinsen hinsichtlich des Differenzbetrags bei Anpassung des Ankaufspreises	376
aa) Ratenzahlung des Ankaufspreises	377
bb) Zug-um-Zug-Zahlung des Ankaufspreises	379
4. Möglichkeit der Andienung bereits zum angepassten Preis?	380
5. Möglichkeit der Lossagung vom Ankauf bei Anpassung des Ankaufspreises?	381
a) Keine Anfechtung der Ankaufserklärung	382
aa) Inhaltsirrtum in Form des Rechtsfolgenirrtums	382
bb) Eigenschaftsirrtum nach § 119 Abs. 2 Alt. 2 BGB	383
cc) Anfechtungsgrund nach § 123 Abs. 1 BGB	384
b) Kein Rücktrittsrecht	385
aa) Regelmäßig keine freiwillige Vereinbarung über ein Rücktrittsrecht	385
bb) Kein Rücktrittsrecht nach §§ 453 Abs. 1, 437 Nr. 2 Alt. 1 BGB	387
cc) Kein Rücktrittsrecht gemäß § 313 Abs. 3 S. 1 BGB	387
dd) Gesellschaftsrechtliche Treuepflicht	388
c) Keine Rückabwicklung nach Bereicherungsrecht	389
d) Keine Einrede nach § 275 Abs. 2 S. 2 BGB	389
6. Zusammenfassung der Rechtsfolgen der Ausübungskontrolle	390
VII. Anspruch eines abtretungswilligen Gesellschafters auf Anpassung der Satzung?	391
1. Anspruch auf Zustimmung zur Änderung des stipulierten Ankaufspreises?	391
a) Weitere aus der Ausübungskontrolle folgende Rechtsfolge?	391
b) Anspruch aufgrund der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht?	392
2. Kein Verwirken des einzelfallbezogenen Anpassungsanspruchs durch fehlendes Hinwirken auf eine Satzungsänderung	393
3. Ergebnis	394

Inhaltsverzeichnis

VIII. Prozessuale Durchsetzung des Anpassungsanspruchs	395
1. Geltendmachung im Rahmen der Leistungsklage der ankaufenden Gesellschafter	395
2. Leistungsklage des andienenden Gesellschafters	397
a) Berechnungsmöglichkeit des Verkehrswerts seitens des andienenden Gesellschafters	398
aa) Kein Problem eines unbezifferten Klageantrags	398
bb) Klage auf zukünftige Leistung, §§ 257 ff. ZPO	400
cc) Subjektive Klagehäufung	401
b) Vorherige Einsichtnahme/Stufenklage	402
aa) Einsichtsrecht und sekundäre Darlegungslast	403
(1) Einsichtsrecht	403
(2) Sekundäre Darlegungslast	403
bb) Notwendigkeit und Möglichkeit einer Stufenklage?	404
(1) Keine Stufenklage wegen unterschiedlichen Klagegegnern	405
(2) Problem der Verjährung	406
3. Feststellungsklage	408
a) Zeitpunkt vor der Andienung	408
aa) Bisheriger Stand	408
bb) Bedürfnis für eine Feststellungsklage	409
cc) Maßgeblicher Zeitpunkt	410
dd) Zulässigkeitsvoraussetzungen	410
(1) Feststellungsfähiges Rechtsverhältnis	410
(2) Feststellungsinteresse	411
(a) Keine Unzulässigkeit wegen des Vorrangs einer Leistungsklage	411
(b) Problem der Rechtskraft/der Präjudizialität	412
(c) Dauer des Rechtsstreits	413
ee) Fazit	414
b) Zeitpunkt nach erfolgter Andienung	414
aa) Konstellation der Ratenzahlung	415
bb) Konstellation der Zahlungspflicht Zug-um-Zug	415
IX. Zusammenfassung des Kapitels D.	416

E. Möglichkeiten und Empfehlungen für die Kautelarpraxis hinsichtlich einer GmbH auf Basis der hier vertretenen Auffassung	421
I. Festlegung eines besonders niedrigen und anpassungsfesten Ankaufspreises	422
II. Minimierung von Rechtsstreitigkeiten durch vorausschauende Vertragsgestaltung	426
F. Übertragbarkeit der entwickelten Lösungsansätze auf andere Gesellschaftsformen?	427
I. Möglichkeit der Festlegung preislimitierter Ankaufsrechte im Gesellschaftsvertrag	428
1. Aktiengesellschaft und Societas Europaea (SE)	428
2. GbR, oHG und KG	429
3. Partnerschaftsgesellschaft	431
II. Wirksamkeit preislimitierter Ankaufsrechte bei Personengesellschaften (GbR, KG und oHG)	433
1. Strengere Anforderungen wegen mangelnder Beratung bei Gründung und entsprechend höherer Schutzbedürftigkeit der Gesellschafter?	433
2. Irrelevanz des Bezugsobjekts	435
3. Übertragbarkeit der zur GmbH herausgearbeiteten Grundsätze	436
a) Anfängliches Missverhältnis	436
b) Nachträgliches Missverhältnis	437
III. Schuldrechtliche Nebenabreden (insbesondere Aktionärsvereinbarungen)	439
IV. Fazit	441
G. Übertragbarkeit der für preislimitierte Ankaufsrechte herausgearbeiteten Grundsätze auf andere Konstellationen	442
I. Preislimitiertes Vorkaufs- oder Vorerwerbsrecht	443
II. Preislimitiertes Erwerbsvorrecht einer GmbH und einer AG	444
1. Preislimitiertes Erwerbsvorrecht einer GmbH	444
2. Preislimitiertes Erwerbsvorrecht einer AG?	445
III. Abfindungsklauseln	447
1. Unterschiede zu preislimitierten Ankaufsrechten	447
2. Übertragbarkeit des dogmatischen Ansatzes	448
a) Bezüglich des anfänglichen Missverhältnisses	448

Inhaltsverzeichnis

b) Bezüglich des nachträglichen Missverhältnisses	449
3. Richtwerte für das grobe Missverhältnis	450
a) Entwicklung von Richtwerten	450
b) Geltungsbereich	453
c) Abweichung von Richtwerten	454
d) Folgerungen für die Praxis	455
4. Höhe der Korrektur	455
5. Geltung für Personengesellschaften	456
IV. Wirksamkeit von „sonstigen preislimitierten Erwerbsrechten“	460
1. Anfängliche Wirksamkeit	460
a) Durch eigene Kündigung ausgelöste preislimitierte Erwerbsrechte	460
aa) Schranke des § 723 Abs. 3 BGB	461
bb) Abweichung von den Richtwerten	463
b) Andere Fälle sonstiger preislimitierter Erwerbsrechte	463
aa) Grundsätzliches	463
bb) „Durchschlagen“ aktienrechtlicher Wertungen auf die Nebenabrede?	464
2. Nachträglich entstehendes Missverhältnis	466
V. Zusammenfassung des Kapitels G.	468
H. Thesenartige Gesamtzusammenfassung der Kernaussagen	471
Literaturverzeichnis	475

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Ansicht
a.a.O.	am aufgeführten Ort
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABIEU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft / Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AktG	Aktiengesetz
Allg.	Allgemein
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
ArbNErfG	Gesetz über Arbeitnehmererfindungen
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BauGB	Baugesetzbuch
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BB	Betriebsberater (Zeitschrift)
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck'sche Rechtsprechungssammlung

Abkürzungsverzeichnis

Begr.	Begründer/Begründung
BegrRegE	Begründung des Gesetzesentwurfs der Bundesregierung
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BewG	Bewertungsgesetz
BezG	Bezirksgericht (Gericht zweiter Instanz der ehemaligen DDR; vgl. Creifelds/ <i>Grob</i> , Bezirksgericht)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofes
Bl.	Blatt
Bsp.	Beispiel(en)
bspw.	beispielsweise
BT	Besonderer Teil / Bundestag
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BvR	Aktenzeichen einer Verfassungsbeschwerde zum BVerfG
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d.	durch
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe/n
DM	Deutsche Mark
DNotI	Deutsches Notarinstitut
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
Dok.	Dokument
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt

ECLI	European Case Law Identifier
Ed.	Edition
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGGmbHG	Einführungsgesetz zum Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung
Einf	Einführung
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
entspr.	entsprechend/e/n
ErbbauRG	Erbbaurechtsgesetz
ErbStG	Erbschaftssteuergesetz
EStDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
et al.	et alii (und andere)
EU	Europäische Union
EuErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 (Europäische Erbrechtsverordnung)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EU-GR-Charta	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
EUR	Euro
EuUnthVO	Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates (Europäische Unterhaltsverordnung)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessensvereinigung
EWIV-VO	Verordnung zur Europäischen Wirtschaftlichen Interessensvereinigung
f.	folgende/r (Paragraph, Seite, Randnummer)
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht

Abkürzungsverzeichnis

ff.	folgende (Paragrafen, Seiten, Randnummern)
FG	Freundesgabe
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (aufgehoben mit Wirkung vom 1.9.2009; an dessen Stelle trat das FamFG)
Fn.	Fußnote
Form.	Formular
Frankfurt a.M.	Frankfurt am Main
FS	Festschrift
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GenG	Genossenschaftsgesetz
GesR	Gesellschaftsrecht
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
ggü.	gegenüber
GKG	Gerichtskostengesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	Die GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GNotKG	Gerichts- und Notarkostengesetz
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
grs.	grundsätzlich
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GwG	Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz)
Herv.	Hervorhebung(en)
HGB	Handelsgesetzbuch
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HUntProt	Haager Unterhaltsprotokoll
i.d.R.	in der Regel
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer

i.H.v.	in Höhe von
i.R.d.	im Rahmen der/des
i.S.d.	im Sinne der/des
i.V.m.	in Verbindung mit
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
JbJgZivR	Jahrbuch Junger Zivilrechtswissenschaftler
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
JURA	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
jurisPK-BGB	juris Praxiskommentar BGB
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht/Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KostO	Kostenordnung (aufgehoben mit Wirkung vom 1.8.2013; an deren Stelle trat das GNotKG)
LG	Landgericht
li.	linke
lit.	litera (Buchstabe)
LM	Lindenmaier-Möhring (Zeitschrift)
Ls.	Leitsatz
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern (Zeitschrift)
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer (Zeitschrift, bis zum Jahre 2000 erschienen)
m.M.	Mindermeinung
m.N.	mit Nachweisen
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
MüHdbGesR	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
MüKo	Münchener Kommentar
MVHdB	Münchener Vertragshandbuch
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.W.v.	mit Wirkung vom

Abkürzungsverzeichnis

NJ	Neue Justiz (Zeitschrift)
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Woche (Zeitschrift)
NJW-RR	NJW Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
NK	Nomos Kommentar
NOTRV	Deutsche Notarrechtliche Vereinigung
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWB	Steuer- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
oHG	offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen einschließlich der freiwilligen Gerichtsbarkeit
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz
PWW	Prütting/Wegen/Weinreich (Kommentar zum BGB)
re.	rechte
rglm.	Regelmäßig
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungssammlung des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz (eines Paragraphen)/Seite
SE	Societas Europaea (Europäische Gesellschaft)
SE-VO	Verordnung über das Statut der Europäischen Gesellschaft
SMG	Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts
sog.	sogenannte/n/r/s
Sp.	Spalte
Sps.	Spiegelstrich
StBerG	Steuerberatungsgesetz
StbJb	Steuerberaterjahrbuch

StGB	Strafgesetzbuch
u.a.	unter anderem
UG	Unternehmergesellschaft
UKlaG	Unterlassungsklagengesetz
UrhG	Urheberrechtsgesetz
UrhStG	Gesetz zur Stärkung der vertraglichen Stellung von Urhebern und ausübenden Künstlern
Urt.	Urteil
v.	von/vom
v.a.	vor allem
Var.	Variante
VBVG	Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz
Verf.	Verfasser
VersAusglG	Versorgungsausgleichsgesetz
Vgl.	Vergleiche
VO	Verordnung
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung (Zeitschrift)
WM	Wirtschafts- und Bankrecht (Zeitschrift)
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
WPO	Wirtschaftsprüferordnung
WRV	Weimarer Reichsverfassung
z.	zu/zum/zur
z.B.	zum Beispiel
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZR	Aktenzeichen einer Revision in Zivilsachen des BGH
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

